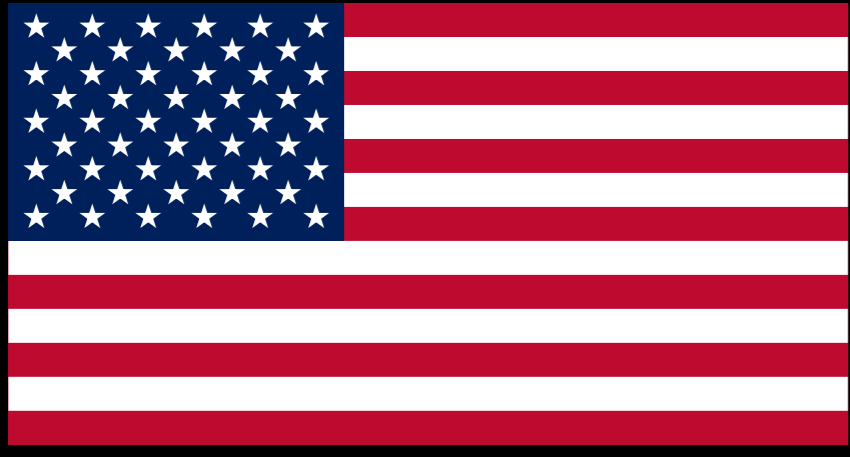
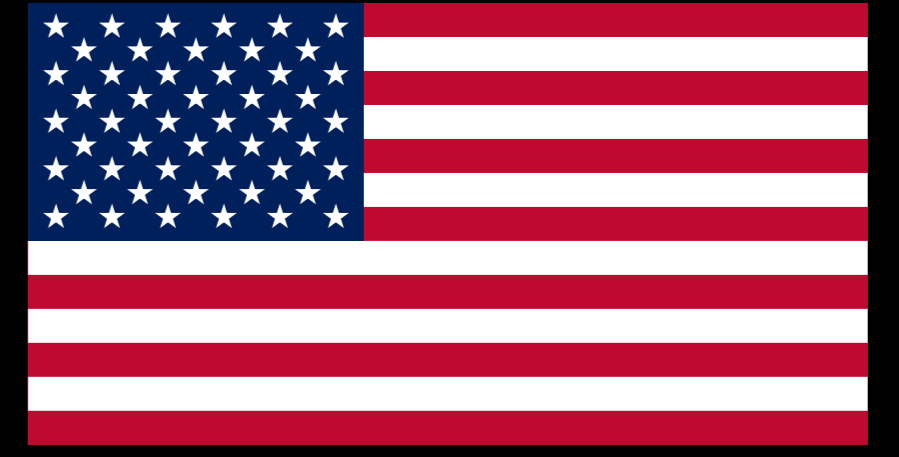


# MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN DEN



# USA



## Kriminalisierung von Migrant\*innen

Die Trump-Regierung setzte 2025 auf der Grundlage von Präsidentendekreten rassistische und migrationsfeindliche Maßnahmen durch, die Migrant\*innen und Schutzsuchende entmenschlichten und kriminalisierten.

## Unterdrückung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit

Die großflächigen Proteste an Universitäten gegen den Völkermord Israels im besetzten Gazastreifen wurden auch 2025 unterdrückt.

## Beschneidung der Rechte von LGBTI+

Die Trump-Regierung machte Maßnahmen zum Schutz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LGBTI+) rückgängig und griff mithilfe von Bundesbehörden deren Rechte an, insbesondere die von trans-Menschen.

## Duldung von Diskriminierung am Arbeitsplatz

Die Regierung widerrief Teile eines 60 Jahre alten Präsidentendekrets zur Bekämpfung von Diskriminierung am Arbeitsplatz und erklärte, die Annahmen und Vorstellungen, die DEI-Programmen zugrunde liegen, würden „Feindseligkeit zwischen verschiedenen Gruppen und Autoritarismus“ fördern. Die Maßnahmen von Präsident Trump gegen DEI-Programme führten u. a. dazu, dass schwarze Frauen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, diskriminiert wurden.

## Einschränkung der körperlichen Selbstbestimmung

Die Trump-Regierung sorgte 2025 für erhebliche Rückschritte in Bezug auf sexuelle und reproduktive Rechte. Sie hob Maßnahmen zum Schutz und zur Ausweitung des Zugangs zur reproduktiven Gesundheitsversorgung auf und kürzte die Mittel für entsprechende Einrichtungen und Programme.

## Exzessive Gewaltanwendung

Laut Berichten von NGOs tötete die Polizei 2025 bei Schusswaffeneinsätzen 1.143 Personen. Schwarze Menschen wurden unverhältnismäßig oft Opfer von tödlicher Polizeigewalt. Ihr Anteil an den Getöteten lag bei mehr als 23 %, während sie nur etwa 13 % der Bevölkerung ausmachten.

## Todesstrafe

Im Januar 2025 beendete Präsident Trump per Dekret das Hinrichtungsmoratorium auf Bundesebene, das die Biden-Regierung verfügt hatte. Das Dekret wies die Justizministerin an, sowohl auf Bundesebene als auch in den Bundesstaaten die Verhängung von Todesurteilen anzustreben, wenn diese möglich sind.

## Willkürliche Inhaftierungen

Die Biden-Regierung entließ im Januar 2025 elf Häftlinge aus dem Gefangenenlager Guantánamo Bay auf Kuba und überstellte sie in den Oman. Auf dem US-Marinestützpunkt wurden jedoch weiterhin 15 Personen ohne Zugang zu einem fairen Verfahren festgehalten, drei von ihnen ohne Anklage.

## Duldung von Waffengewalt

Offiziellen Daten zufolge, die 2025 veröffentlicht wurden, starben in den USA 2023 mindestens 46.728 Menschen durch Waffengewalt. Im Jahr 2025 gab es 408 Massenschießereien, davon ereigneten sich 233 an Schulen. Bei Kindern und Jugendlichen war Waffengewalt weiterhin die häufigste Todesursache.

## Rechtswidrige Angriffe und Tötungen

Ab März 2025 flog das US-Militär Luftangriffe auf Ziele im Jemen und verletzte und tötete dabei bis Ende des Jahres Hunderte Menschen. Ab September 2025 setzten die USA Drohnen ein, um 35 Boote in der Karibik und im Pazifik anzugreifen, die mutmaßlich Drogen transportierten, und töteten dabei mindestens 123 Personen.

## Unverantwortliche Rüstungsexporte

Die USA lieferten auch 2025 weiterhin Waffen sowie andere Militär- und Sicherheitsausrüstung an Israel und verstießen damit gegen Gesetze und politische Maßgaben der USA, die Rüstungstransfers verhindern sollten, wenn diese die Gefahr bargen, zu Schäden an der Zivilbevölkerung oder anderen Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht beizutragen.

